



SN, Publiziert 25. Januar 2014

Einwohnerrat sagt Ja zu Schulsozialarbeit

Mit 10 zu 3 stimmte der Thaynger Einwohnerrat am Donnerstag der definitiven Einführung der Schulsozialarbeit zu.

thayngen Mit Ausnahme der SVP-Fraktion, die in sich gespalten war, befürworteten sämtliche Fraktionen des Thaynger Einwohnerrats die definitive Einführung der Schulsozialarbeit auf den Beginn des Schuljahrs 2014/2015, mit einem 70-Prozent-Pensum und jährlich wiederkehrenden Kosten von 79 000 Franken.

Eine Institution an der Schule

Die Aufgabe übernehmen wird Christine Dreher, die dies bereits seit zweieinhalb Jahren im Verlauf des Provisoriums getan hat. Dreher hat sich in den Schulbetrieb laut der zuständigen Gemeinderätin Theres Sorg bestens integriert, und sie sei nicht nur für die Schülerinnen und Schüler, sondern auch für die Eltern und die Lehrerschaft eine Ansprechperson, an die man sich vertrauensvoll wenden könne – ja, sie sei mittlerweile geradezu eine Institution an dieser Schule, die nicht mehr wegzudenken sei. Auch darüber, dass sich die Zeiten nun einmal geändert haben und eine solche Institution notwendig ist, waren sich wohl alle Anwesenden einig. Wenn im Laufe der Diskussion überhaupt ein Kritikpunkt ausgesprochen wurde, dann war es der, dass der Gemeinderat offenbar nicht genau in Zahlen beziffern konnte, wie hoch die Einsparungen sind, welche die Gemeinde dank dieser Institution verbuchen kann – wie dies etwa von Einwohnerrat Ueli Kleck (SVP) geäußert wurde. Solche Zahlen zu präsentieren, sei aber tatsächlich ein Ding der Unmöglichkeit, wie auch Theres Sorg betonte. Der Erfolg von Sozialarbeit sei nun einmal etwas, was sich nicht so einfach in Franken belegen lasse. Wenn man sich aber überlege, was es kosten würde, wenn jemand einfach nicht in die Arbeitswelt integriert werden könnte und der Gemeinde das Leben lang als Sozialfall zur Last fiele, dann lohnten sich diese 79 000 Franken allemal. Es bleibe auch auf jeden Fall bei diesem 70-Prozent-Pensum, wie auch der Gemeindepräsident Philippe Brühlmann betonte. Es war übrigens die erste Sitzung, die vom neuen Ratspräsidenten Renato Sala geleitet wurde. (jcg)

thayngen Beim Kesslerloch kann nun keine Schredderanlage gebaut werden. Dies wird dadurch erreicht, dass das Gebiet Holcim Süd von einer Industriezone in eine Gewerbezone umgeteilt wird, wie Gemeindepräsident Philippe Brühlmann am Ende der Einwohnerratssitzung bekannt gab. Da nämlich die Lärmwerte in Gewerbezone tiefer als in Industriezone sind, verhindert dies beim Kesslerloch den Bau einer Schredderanlage. Es gehe dabei laut Brühlmann allerdings nicht um eine Verhinderungspolitik. Vielmehr soll das Kesslerloch, das ja auch touristisches Potenzial hat, auch für die Zukunft attraktiv bleiben. (jcg)